



**Dr. Lale Agkün MdB
Martin Dörmann MdB
Gabriele Frechen MdB
Uwe Göllner MdB
Ulrich Kelber MdB
Ernst Kuchler MdB
Ulrike Merten MdB
Rolf Mützenich MdB**

Bundesministerium für Gesundheits und Soziales
Die Ministerin
Ulla Schmidt MdB

per Fax: (0228) 941 49 07

Bonn, den 29. Juli 2003

Betr: Genehmigung des Umzugs der KBV nach Berlin

Sehr geehrte Frau Ministerin,

Sie haben nach unserer Information entschieden, dass die Kassenärztliche Bundesvereinigung Ihre Satzung ändern darf, um von Köln nach Berlin zu ziehen. Diese Entscheidung ist für uns nicht navollziehbar, regionalpolitisch unfair und als Beitrag zur Kostendiskussion in der Gesundheitspolitik im höchsten Maße kontraproduktiv. Wir haben diese Entscheidung öffentlich bedauert und erwarten von Ihnen geeignete Schritte, weitere Umzüge von Institutionen der Gesundheitspolitik aus der rheinischen Region nach Berlin zu unterbinden.

Das Berlin-Bonn-Gesetz schreibt der Bundesregierung vor, sich für den Erhalt und den Ausbau des Politikbereichs „Gesundheit“ in der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler und Köln einzusetzen. Das beinhaltet aus unserer Sicht auch die eindeutige Verpflichtung, bei unklarer rechtlicher Lage eine Entscheidung zugunsten unserer Region zu fällen. Schon aus diesem Grund hätten Sie der KBV eine Satzungsänderung untersagen und eine gerichtliche Überprüfung in Kauf nehmen müssen. Das wäre auch das richtige Signal gegenüber den Beschäftigten der KBV und anderen Organisationen wie dem AOK-Bundesverband gewesen.

Noch schwerwiegender ist aus unserer Sicht die Nachricht eines teuren Umzugs der KBV nach Berlin mitten in der schwierigen Diskussion über die Reform der Gesundheitsversorgung in Deutschland. Wenn kranke Menschen in Zukunft mehr zu ihren Behandlungen zahlen müssen, dann sind Ausgaben für einen Berlinumzug der KBV, die auf alle Patientinnen und Patienten umgelegt werden, ein Schlag ins Gesicht für die Betroffenen. Daher hätte auch die volkswirtschaftliche Wirtschaftlichkeitsberechnung zu einer Untersagung der Satzungsänderung führen müssen.



Ulrich Kelber

Mitglied des Deutschen Bundestages

Seite 2 von 2

Ihre Entscheidung in dieser Frage ist eine krasse Fehlentscheidung!

Wir erwarten eine Korrektur Ihres politischen Kurses gegenüber dem Politikbereich „Gesundheit“ in der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler und Köln!

gez. Ulrich Kelber MdB

gez. Dr. Lale Agkün MdB

gez. Martin Dörmann MdB